

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Beleg und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Tirpitz' Aktendiebstahl.

Professor Thimme gegen die Ausflüchte der Rechtspresse.

Der Balkenbieger Tirpitz ist nach wie vor sehr schweigsam. Er streicht seinen Bart und begnügt sich damit, auf alle noch so deutlichen Anzapfungen überhaupt nicht zu reagieren. Die ihm ergebene Presse markiert anlässlich der Behandlung des Tirpitz-Standals im Ausschuss des Reichstags große Zurechtweisung. Angeblich soll die Auskunft des Archivdirektors Dr. Merz den Balkenbieger von jedem Verdacht gereinigt haben. Dem tritt Dr. Thimme in einer Zuschrift an das „B. T.“ energisch entgegen. Er schreibt:

Die Erörterung, die am Montag im Haushaltsausschuss des Reichstages über den Fall Tirpitz stattgefunden hat, gibt den Blättern der Rechten Veranlassung, von einem „Zusammenbruch der Hege gegen Tirpitz“ oder gar von einer „Rechtfertigung Tirpitz“ zu reden. Weder von dem einen noch von dem anderen kann auch nur entfernt die Rede sein. Die Feststellung, zu der man den Präsidenten des Reichsarchivs v. Merz im Haushaltsausschuss genötigt hat: daß Tirpitz dem Reichsarchiv keine Akten entnommen habe, auch von diesem keine Abschriften erhalten habe, köstet offene Türen ein. Denn weder von mir noch von sonstwem ist derartiges je behauptet worden. Ueber die Provenienz des Tirpitzschen Dokumentenmaterials werden anlässlich der Erörterung der Interpellation, die nunmehr beim Etat des Reichsjustizministeriums erfolgen soll, noch sehr präzise Feststellungen zu machen sein.

Wie aus den Debatten des Haushaltsausschusses aber, bei denen von verschiedenen Seiten die Absicht kundgegeben wurde, den Mißbrauch amtlichen Aktenmaterials durch ein deutsches Archivgesetz oder durch eine Verschärfung des Reichsbeamten-gesetzes unmöglich zu machen, eine Rechtfertigung Tirpitz' abgeleitet werden soll, ist schlechterdings unerfindlich. Im Gegenteil liegt in einer solchen Absicht, die auch von einem Vertreter des Reichsinnenministeriums bestätigt wurde, geradezu eine Verurteilung des Tirpitzschen Vorgehens. Genau genommen ist der Mißbrauch amtlicher Aktenstücke schon jetzt in aller Form unterjocht. § 11 des Reichsbeamten-gesetzes besagt ausdrücklich: „Ueber die Vermöge seines Amtes ihm beauftragten Angelegenheiten, deren

Geheimhaltung ihrer Natur nach erforderlich oder von seinen Vorgesetzten vorgeschrieben ist, hat der Beamte Verschwiegenheit zu beobachten, auch nachdem das Dienstverhältnis aufgelöst ist.“ Also, die Pflicht zur Amtverschwiegenheit dauert nach dem Aufhören des Dienstverhältnisses fort! Eine ärgere Verletzung dieser Amtverschwiegenheit aber kann es gar nicht geben, als wenn ein Beamter das geheimste Dokumentenmaterial, das amtlich zu seiner Kenntnis gekommen ist, ohne Erlaubnis der zuständigen Stellen auf den Markt wirft.

Es mag sein, daß im Fall Tirpitz das Vergehen nicht zu ahnden ist, weil pensionierte Beamte nicht mehr der Disziplinar-gewalt unterstehen. Aber wenn dem so ist, so muß die Lücke des Beamten-gesetzes in einer Weise ausgefüllt werden, die die Wiederholung des Falles unmöglich macht.

Es wird nun abzuwarten sein, was die Erörterung der Interpellation im Plenum des Reichstags bringen wird. Man wird hoffen dürfen, daß die von dem Reichsjustizminister abzugebende Erklärung der Reichsregierung sich nicht auf die Feststellung beschränken wird, daß nach Lage unserer Gesetzgebung die Möglichkeit eines Einschreitens gegen Tirpitz nicht gegeben sei, sondern daß die Regierung sagen wird, wie sie zu dem Verhalten des Herrn v. Tirpitz in staatspolitischer und moralischer Hinsicht steht. Im übrigen wird man besonders gespannt sein dürfen, mit welchen Argumenten die Rechte das Verhalten Herrn v. Tirpitz' zu rechtfertigen suchen wird. Mit dem Argument des Abgeordneten D. Rumm, daß das Wirken Tirpitz' im Dienste des Kampfes gegen die Schuldlüge stehe, ist es wirklich nicht getan. Man kann auch gegen die Schuldlüge kämpfen, ohne die Treue und Gewissenhaftigkeit des Beamten außer acht zu lassen.

Selbstverständlich ist die Angelegenheit des Tirpitzschen Aktendiebstahls keineswegs erledigt. Die Tatsache der Ueberweisung an das Reichsjustizministerium beweist, daß selbst das Reichskabinett an der Sache nicht vorbeigehen kann. Wenn sich die Balken auch noch so sehr biegen, Herr Tirpitz wird doch noch Rede und Antwort stehen!

Nach wie vor kritische Lage in Paris.

Hefige Angriffe des „Quotidien“ auf die Regierung. Paris, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die nach wie vor kritische Beurteilung der innenpolitischen Situation findet Mittwoch in einem Artikel des „Quotidien“ ihren Widerhall, in dem die Regierung heftig angegriffen und ihr zum Vorwurf gemacht wird, daß sie einen großen Teil der Verantwortung an der Zuspitzung der Dinge trage, da sie das Parlament sowohl in der Marokko- wie in der Finanzfrage hinhalte. Das Blatt bezeichnet insbesondere die aufs neue erfolgte Vertagung der von der Regierung erwarteten Aufklärungen über Marokko als einen neuen großen Fehler, da in einem Moment, wo sich das ganze Land in stärkster Erregung befindet, es keineswegs genüge, wenn Poincaré vertraulich eine kleine Anzahl von Parlamentariern, deren Einfluß man wahrscheinlich überschätze, über die tatsächliche Lage aufkläre. Auch die gestrigen von Caillaux in der Finanzkommission gemachten Konzessionen seien ungenügend. Das Blatt spricht die Vermutung aus, daß es über die Finanzfrage wahrscheinlich schon in Kürze zu einem Bruch zwischen dem Ministerium und der republikanischen Mehrheit kommen werde.

Uneinheitliche Stellungnahme der Sozialisten.

Paris, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Bei der gestrigen Abstimmung über den von der Regierung gestellten Antrag, die Diskussion der kommunistischen Interpellation über Marokko zurükzustellen — welcher Antrag mit 434 gegen 31 Stimmen angenommen wurde —, hat der größte Teil der sozialistischen Fraktion, nämlich 83 Mann, zusammen mit 17 Radikalsozialisten und 10 republikanischen Sozialisten, sich der Stimme enthalten. 2 Sozialisten und 3 Unabhängige stimmten dagegen, 17 Sozialisten, darunter die Abgeordneten Leon Blum, Auriant, Paul Boncour, Renaudel und Boreigne, haben dafür gestimmt.

Abd el Krim zurechtgerichtet.

Rom, 17. Juni. (M.B.) Abd el Krim sagte in einer Unterredung mit einem Korrespondenten des „Popolo d'Italia“ weiter, massenweise seien die Soldaten der Fremdenlegion in das Riflager übergelaufen. Er hoffe daher, daß dieser Konflikt mit der Errichtung der Rifrepublik enden werde. Der Korrespondent setzt dieser Mitteilung hinzu, daß Abd el Krim am nächsten Tage die Unterredung sich zur Korrektur vorlegen ließ und dem Korrespondenten die Versicherung gab, daß er selbst nach Italien befördern werde, um zu zeigen, daß er über Mittel und Wege verfüge, um der feindlichen Blockade zu entgehen.

Schweres Eisenbahnunglück in Amerika.

Ein Sonderzug mit deutsch-amerikanischen Reisenden entgleist. New York, 17. Juni. (Telunion.) Bei Hacketstown, sechzig Meilen von New York, stürzte ein Eisenbahnzug die Böschung hinab.

Bisher 48 Tote.

New York, 17. Juni. (Kabeldienst der Telunion.) Die Zahl der Toten betrug bis 4 Uhr morgens 48, die der Verwundeten 60; 18 Leichtverletzte wurden an Bord der „Republik“ gebracht. Man nimmt an, daß weitere Todesfälle unter den Schwer-

verwundeten eintreten. Die herbeigerufenen Ambulanzen trafen infolge des herrschenden Gewitters sehr verspätet ein. Die erste Hilfe wurde durch Farmer geleistet.

Die Ursachen des Unglücks.

New York, 17. Juni. (M.) Das Unglück wurde dadurch verursacht, daß die Wassermengen eines wolkenbruchartigen Regens die Schienen unterpflüht hatten, wodurch der Zug entgleiste. Vier Wagen des sieben Wagen langen Zuges stürzten mit der Lokomotive die Böschung hinab. Das Feuer der Lokomotive setzte die Wagen in Brand und zerstörte sie vollständig. Verbrannt sind bisher 30 Menschen, doch werden wahrscheinlich noch weitere ihren Brandwunden erliegen. Die Schwerverletzten wurden sofort in die zunächst gelegenen Hospitäler gebracht. Die Verunglückten sind Deutsche aus Chicago, die eine Bergnützungstournee zur Rheinischen Jahrtausendfeier unternahmen wollten. Die Tournee hatte bereits die Niagarafälle besucht und war nach Hoboken weitergefahren. Das Unglück ereignete sich in der Nacht, während die meisten Passagiere schliefen. Die „Republik“ verschob nach Bekanntwerden des Unglücks sofort die Ausreise. Die Ueberlebenden wurden im Extrazug nach Hoboken geschafft. Bis jetzt konnten nicht alle Leichen geborgen werden. Die Rekonoszierung ist sehr schwierig, da viele Verunglückte vollständig verbrannt sind. Unter den Toten befinden sich verschiedene Kinder. Die Verunglückten waren außer in Chicago in kleineren Orten von Nordillinois und Wisconsin ansässig.

Die versiegelte Nationalpost.

Bitte — und keiner saniert.

Herr Laverrenz, als Geschäftsführer der „Nationalpost“ Kummer gewöhnt, mußte gestern ein letztes über sich ergehen lassen. Das gesamte Inventar der „Nationalpost“ wurde versiegelt. Herr Laverrenz mußte Konturs anmelden.

Seit November hat die „Nationalpost“ keine Steuern mehr bezahlt. Steuern sind eine unbequeme Einrichtung. Bieleicht hat Herr Laverrenz, verdrorben durch die Erziehung zum Steuerzahler, die die deutsch-nationale Reichstagsfraktion allen echt nationalen Männern angebeihen läßt, sie doch nicht ernst genug genommen und nicht bedacht, daß es am Ende auch eine Steuer-egrekuative gibt.

Bieleicht hat er auch gedacht: mir kann nichts geschehen und sich dem rührenden Glauben ergeben, daß kein Deutschnationaler sein Parteiorgan zugrunde gehen läßt — selbst wenn es Geld kostet. Als die Pleite drohte, stellten sich richtig auch Sanierungsinteressenten ein. Der eine war der Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband, der andere — Herr Arnold Reckberg. Sie kamen, prüften, gingen, und Herr Laverrenz war wieder allein mit seinen Schulden.

Heute morgen ist die „Nationalpost“ nicht mehr erschienen.

Mord in Sofia. Der frühere Mojewode Michailoff, der sich seit langer Zeit von der mazedonischen Bewegung abgewandt hatte, wurde von Unbekannten ermordet. Man glaubt, daß es sich entweder um einen persönlichen Racheakt handelt, oder daß die Tat auf die Streitigkeiten unter den mazedonischen Revolutionären zurückzuführen ist. Unter dem Verdacht der Täterschaft sind zwei Personen verhaftet worden.

Vier Jahre Bratianu.

Das reaktionäre Diktatur-Regiment in Rumänien.

Aus Rumänien wird uns geschrieben: Als vor vier Jahren der jetzige Ministerpräsident Bratianu entgegen allem parlamentarischen Brauch von dem König mit der Kabinettsbildung betraut wurde, erscholl ein Hohngelächter durch das Land. Wie wollte Bratianu, der im vorigen Parlament nur über 7 Mann verfügt hatte, auf einmal die Mehrheit erlangen, um sich behaupten zu können? Aber eine bittere Antwort kam auf diese Frage: durch blutigen Terror errang sich Bratianu eine Zweidrittel-Mehrheit. Und nun konnte er „verfassungsmäßig“ herrschen.

Ministerpräsident Ion Bratianu übernahm die politische, sein Bruder Bintila Bratianu die wirtschaftliche Leitung der Regierungsgeschäfte. Der Ministerpräsident bereitete alle jene politischen Gesetze vor, zunächst die neue Verfassung, die seiner, der „liberalen“ Partei die Herrschaft sichern sollten, der Finanzminister die wirtschaftlichen Gesetze und Reformen, die Land und Volk der liberalen Partei, das heißt tatsächlich den Geldmagnaten ausliefern sollten. Da die Opposition, so schwach vertreten sie auch im Parlament war, sich nicht unterkriegen ließ und durch große öffentliche Versammlungen den Plan der Bratianus zum Scheitern zu bringen drohte, entsetzte die Regierung mit Hilfe der Geheimpolizei eine antisemitische Bewegung unter den Studenten, die je nach Regierungsbedarf anschwoll oder nachließ.

So konnte die Regierung nun einen Ausnahmezustand rechtfertigen, so brachte der Ministerpräsident eine reaktionäre Verfassung, der Finanzminister die wirtschaftlichen Gesetze durch, die die Vererbung des Staatseigentums zugunsten einer Clique ermöglichen sollten.

Die letzten Glieder dieser Kette sollten die Verwaltungsreform, das Wahlgesetz und die Konvention mit der Nationalbank sein, zu allererst das Wahlgesetz, bei dessen Vertändung nach der neuen Verfassung sich das Parlament auflösen mußte, was wohl zu einem Regierungswechsel geführt hätte. Nun hatte es die Regierung aber nicht mehr so leicht bei der Durchdringung ihrer Gesetze: hatte sie vorher vier heftig sich bedehende Oppositionsparteien vor sich, so stand sie jetzt, eine unbedeutende Oppositionsgruppe ausgenommen, einem mächtigen Volksblock gegenüber. Zu seiner Gründung hatte nicht die wirtschaftliche Misere des Landes — zu 97,5 Proz. zerfallene Baluta, Geldknappheit, Elendsgehälter der Beamten (50-60 M.) —, nicht die politische Isolierung Rumäniens, sondern die Ausartungen des Regierungsterrors geführt.

Abgeordnete der Opposition wurden von dazu angestellten Offizieren mißhandelt. Und als zuletzt während der Osterfeiertage der Abg. Halippa, der Führer der bessarabischen Bauernpartei und ehemaliger Präsident des die Vereinigung Bessarabiens mit Rumänien ausprechenden Landtags, von einem Oberleutnant gefesselt wurde, da war das Maß voll. Der Entkräftungssturm, der im Lande ausbrach, brachte auch die eben aus drei Parteien unter Führung von Iorga, Maniu und Argetoianu vereinigte Nationalpartei zu einem Volksblock mit der unter Führung des Dorfschlers Mihalachu stehenden linksgerichteten Bauernpartei zusammen. Dieses Zusammengehen der vollstimmlichen Parteien zeigte gleich seine Wirkung: Der neu eingebrachten Verwaltungsreform leistete der Volksblock mit Hilfe der nationalen Minderheiten energisch Widerstand, der durch den Inhalt dieses Gesetzes nur allzu begründet war. In den neuen Provinzen Rumäniens wird die Selbstverwaltung, die sich im Laufe der Jahre glänzend bewährt hatte, faktisch aufgehoben, dadurch, daß über alle Entscheidungen des Gemeinderats in letzter Instanz ein neu zu ernennender Oberverwaltungsrat zu entscheiden hat. Auch das wichtigste Recht der Gemeinden, die Erhebung von Steuern, die allein eine Prosperität gewährleisten, wird aufgehoben. Hingzu kommen Bestimmungen über die Zusammensetzung des Gemeinderates, die weder mit dem Selbstbestimmungsrecht, noch mit dem allgemeinen Wahlrecht in Einklang zu bringen sind. Unter dem Vorwande, die Städte rumänisieren zu müssen, behält sich die Regierung das Recht vor, 40 Proz. aller Gemeinderatsmitglieder zu ernennen, außerdem sollen 12 Proz. der Mandate auf diejenige Liste, die ein Fünftel der Stimmen auf sich vereinigt, fallen. Damit ist den Rumänen auch in den zu 80 Proz. nicht-rumänischen Städten eine Mehrheit von 52 Proz. gewährt. Werden durch diese Bestimmung einerseits die Minderheiten zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradiert, so kann andererseits die Regierung sich einen bequemen Senat wählen lassen, die Gemeinden eine Anzahl Senatoren wählen.

Gegen diese ultrareaktionäre Bestimmung, wie gegen eine andere, die den Minderheiten den Friedensverträgen zum Trotz Gericht in ihrer Sprache verweigert, ließen nun Opposition und Minderheiten Sturm. Und als die Regierung all diese Bestimmungen für unabstosbar erklärte, da blieb nichts anderes übrig, als zur schärfsten parlamentarischen Waffe, zur Obstruktion, zu greifen. Diese brachte es in einem Monat fertig, daß nur 20 von den 300 Artikeln des Gesetzes angenommen werden konnten.

Nun sah der Ministerpräsident mit Schreden, wie die Verwaltungsreform und das Wahlgesetz, die eine vierjährige reaktionäre Gesetzgebung fröhnen sollten, unverabschiedet blieben; der Finanzminister sah, wie das National-

bankgefeß, das ihm und seiner Clique die wirtschaftliche Herrschaft auf weitere 40 Jahre sichern sollte, nicht einmal zur Beratung kam. Da holten die Bratians zum letzten Schlag aus: Die Geschäftsordnung der Kammer wird zur Sclavereiordnung gemacht. Auf Vorschlag des Präsidenten oder von 50 Abgeordneten kann die Kammer beschließen, die Diskussion bei einem Gesetz ganz auszusetzen, der Präsident fordert dann die Abgeordneten auf, Anträge zum Gesetz binnen 24 Stunden einzureichen, die vom Ausschuss binnen weiteren 24 Stunden zu prüfen sind. Bei den nicht angenommenen Abänderungsvorschlägen — und das wird die übergroße Mehrzahl sein — findet gar keine Debatte mehr statt, bei den angenommenen dürfen nur je ein Redner für und gegen je 10 Minuten sprechen. Während der Zeit, wo diese Bestimmungen gelten, gibt es weder Geschäftsordnungsdebatten noch persönliche Bemerkungen oder irgendwelche andere Debatten.

Mit diesem beispiellosen Anschlag hat die Regierung den Bogen weit überspannt: es bleibt dem letzten regierenden Hohenzollern, König Ferdinand, überlassen, das Gleichgewicht wieder herzustellen, oder weiter zuzusehen, wie die jetzige Regierung nicht zum wenigsten auf seine Kosten mit dem Feder spielt.

Reichspräsident und Aufwertung.

„Der Reichspräsident ist dazu berufen, die Heiligkeit des Rechtes hochzuhalten.“ Hindenburgs Osterbotschaft.

Die Arbeitsgemeinschaft der Aufwertungsorganisation teilt mit: Die Arbeitsgemeinschaft unternahm am 15. Mai nach Befragung der Kommissionsformel den ersten Versuch, für eine Delegation aus ihren Kreisen einen Empfang beim Reichspräsidenten zu erwirken. Auf diesen Schritt erging am 19. Mai folgender Bescheid durch den Staatssekretär Dr. Reißner:

„... Der Herr Reichspräsident möchte davon absehen, eine Abordnung der durch die Inflation geschädigten Hypothekengläubiger usw. in der Angelegenheit der gesetzlichen Aufwertungsregelung zu empfangen. Abgesehen von der großen dienstlichen Inanspruchnahme, die mit der Amtübernahme notwendigerweise verbunden ist, hält es der Herr Reichspräsident aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht für angängig, in die bereits den geschädigten Körperschaften unterliegende Frage von sich aus einzugreifen.“

In Erkenntnis des in der gegebenen Begründung liegenden Irrtums machten zwei beauftragte Vertreter der Arbeitsgemeinschaft im Bureau des Reichspräsidenten einen Besuch. In Begleitung des Staatssekretärs Dr. Reißner legten sie Herrn Ministerialrat Dr. Döhle den ganzen Ernst der Lage dar. Sie wiesen auf die große Erregung der Geschädigten hin und die den Staat und die innere Ruhe gefährdende Konsequenz, wenn die Anhörung der berechtigten Wünsche ihrer Vertreter mit einem nichtigen Einwand verweigert werden sollte.

Um die Person des Reichspräsidenten von den zu erwartenden Auseinandersetzungen zu bewahren, wurde der erneute Vortrag des Erlauchens mit der gegebenen Begründung erbeten und zugesagt. Bald erging dann der Bescheid, daß der Herr Reichspräsident sich wegen seiner Bedenken erst mit dem Reichsjustizminister in Verbindung setzen wolle. Obgleich nun durch ein Kommuniqué an die Presse am 5. Juni bekannt wurde, daß sowohl der Reichsjustizminister als auch der Reichskanzler zum Vortrag über die Aufwertungsfrage vom Herrn Reichspräsidenten empfangen wurden, teilte Ministerialrat Dr. Döhle der Arbeitsgemeinschaft am 12. Juni mit, daß eine Entscheidung noch nicht getroffen sei, weil der Herr Reichspräsident über die Aufwertungsfrage noch nicht genügend informiert sei und die schriftliche Stellungnahme des Reichsjustizministeriums noch fehle. Auf Drängen ihrer zahllosen Anhänger aus allen Teilen Deutschlands haben die Aufwertungsorganisationen jetzt in einer direkten Eingabe den Reichspräsidenten nochmals um baldigen Empfang einer Delegation gebeten und dabei ausdrücklich auf den Inhalt seiner Osterbotschaft und seine erklärte Hilfsbereitschaft für die Kollektenden Bezug genommen. Ist es das Radi-

nett Luther, welches den Präsidenten in Gegensatz zu seinen Erklärungen und zu seinen verfassungsmäßigen Rechten bringen will?

Wie wir hören, gehen täglich im Bureau des Reichspräsidenten große Mengen Zuschriften der durch die Aufwertungsgefeße in Rechts- und Wirtschaftsnot Geratenen ein.

Schutz den Inflationseinnählern!

Die Vermögenssteuer vor dem Ausschuss.

Der Steueraussschuß des Reichstags begann am Dienstag die Beratung der Vermögenssteuer. Die Vorlage der Regierung sieht einen Steuerertrag von 0,5 Proz. vor. Bei Vermögen mit 25 000 M. sollen nur 0,3 Proz., bis 50 000 M. 0,4 Proz. erhoben werden. Die frühere höhere Besteuerung der großen Vermögen soll beibehalten werden. Die Freigrenze ist auf 5000 M. festgelegt, erhöht sich jedoch bei niedrigerem Einkommen. Die Vermögenszuwachssteuer soll außer Kraft gesetzt werden.

In der allgemeinen Aussprache übt Genosse Ströbel heftige Kritik an der Vorlage. Durch einen eingehenden Vergleich mit der Steuerbelastung in England zeigt er, daß die Einkommensteuer bei uns im wesentlichen von den Lohnempfängern, in England von den Besitzenden getragen wird. Bei der Vermögenssteuer müssen die kleinen Vermögen geschont, die großen stärker belastet werden. Die Befreiung der Vermögenszuwachssteuer ist ein unbedingtes Gebot an die Inflationseinnähler. Auch bei der Erbschaftsteuer ist im Hinblick auf die englische Erbschaftsteuer eine stärkere Belastung notwendig. Der standaloje Zustand, daß das Battenrbe freibleiben soll, ist unhaltbar.

Abg. Dr. Brüning (S.): Englische und deutsche finanzielle Verhältnisse können nicht miteinander verglichen werden, da Deutschland den Krieg verloren habe und seine Wirtschaft und sein Kapitalmarkt durch die verminderte Inflation außerordentlich gelitten habe. Die Abgg. Dr. Kulenkampff (D. Sp.) und Dr. Fischer-Köln (Dem.) erklärten ebenfalls den Vergleich der deutschen und englischen Steuererträge für abwegig. Auch Staatssekretär Dr. Popph wies auf die Schwierigkeiten des Vergleichs hin.

In der Einzelberatung wurde § 22 des Gesetzesentwurfs vorberaten. Er sieht vor, daß im Jahre 1924 nur zwei Vierteljahrsraten zur Erhebung gelangen. Die Räte vom 15. Mai ist am 15. Juni fällig. Die Regierungsparteien beantragten, diesen Termin weiter hinauszuschieben, und beschloßen, dem Reichstag die abermalige Verlängerung der Vorauszahlungsfrist der Vermögenssteuer bis zum 15. August d. J. durch ein neues Inflationgesetz vorzuschlagen. Gegen die Stimmen von Sozialdemokraten und Kommunisten wurde so beschlossen. Der Entwurf soll am Mittwoch auf die Tagesordnung des Plenums gesetzt werden.

Der Kurs der „Germania“.

In der heutigen Morgenausgabe der „Germania“ wird eine Erklärung der Redaktion über die künftige Haltung des Zentrumsorgans veröffentlicht. Seit langem kursieren in der Öffentlichkeit Gerüchte, die von einer Aenderung des Kurses wissen wollen. Es scheint Tatsache zu sein, daß unter der Führung des Abg. von Papen der rechte Flügel im Ausschussrat energischer seinen Standpunkt zu vertreten sucht. Demgegenüber vertritt die „Germania“, die werde „fortfahren, auf dem Boden des christlichen Staatsgedankens, dem Boden des gesamten deutschen Volkes und insbesondere den Rechten und Interessen der katholischen Bevölkerung zu dienen. Der bewährte Kurs der Mitte und des ehrlichen Ausgleichs bleibt auch in Zukunft der ihre!“ Allerdings wird diese Erklärung die Zweifel an der künftigen Entwicklung des Zentrumsorgans der Zentrumspartei nicht ganz beseitigen können. Wenn der rechte Flügel, der sich in den Besitz der Aktienmehrheit gesetzt hat, vor einer offenen Schwelung zurückweicht, so wohl deshalb, weil er befürchtet muß, daß die Berliner Organisation des Zentrums dann ein neues Zentrumsorgan erscheinen läßt.

Die Waffen des Stahlhelms. Gegen den Redakteur unseres Parteiblattes in Braunschweig, Otto Thielemann, schwebte seit 1½ Jahren ein Verfahren wegen Landesverrats. Der Angeklagte ist jetzt vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts „wegen mangelnden Beweises“ außer Verfolgung gesetzt. Die Kosten des Verfahrens sollen der Reichstasse zur Last. Die Behauptung Thielemanns, daß die Mitglieder des Stahlhelms in Blankenburg am Harz mit Reichswaffen ausgerüstet worden seien, mußte im Vorverfahren von allen Zeugen, auch von den Offizieren der Garnison Goslar bestätigt werden.

Ein Bild reißt auf: Runke-Punkte, dreijährig, dick und drollig, mit hellem Lachen im Gesicht, klappt über die Bergwiese und rupft die blauen Glocken aus dem grünen Grund, ab und zu ein bewunderndes „Ah!“ oder „Eil!“ ertönen lassend. Glücklicher Junge! Die Berge steigen empor. Groß, weit und herrlich mit starken Winden und leuchtendem Schnee auf den Gipfeln. So müssen sie sein. Ich habe sie noch nie gesehen. Die Augen heften sich in die Kelche der blauen Blütenlocken der Enziane. Ihr habt sie gesehen — die Berge. Ihr habt sie geatmet — die Freiheit. Ihr seid in ihr geboren. Brennendes Weh löst im Herzen. Tränenunipfalte Sehnsucht steigt heraus. In ohnmächtiger Wut gehe ich durch die Straßen der Stadt. Durch Staub und Getrüb. Die Steinmauern glühen. Das Ich weilt. Die Nächte sind ruhelos. Da — am Morgen — fällt der Blick auf die blaue Pracht der Enziane, die über den Rand der Schale quellen. Blaues Licht der ewigen Berge! Süher, herber Duft der Freiheit! Ein Gruß, den mit ein Glücksjunge mit läppischen Fingern zusammenrupfte, wächst tief in das Herz hinein. . . .

Die „Deutsche Akademie“ in Berlin. Die kürzlich in München gegründete „Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und zur Pflege des Deutschtums“ (Deutsche Akademie) hatte zum gestrigen Abend einen Kreis wissenschaftlicher und künstlerischer Persönlichkeiten zur Gründungsversammlung einer Berliner Außenstelle der Akademie in das Herrenhaus geladen. Es war eine stattliche Revue prominenter Titulaturen, Geheimräte, Generaldirektoren, Universitätsprofessoren, Regierungsbevollmächtigter, Senatoren . . . Die Fräulein saßen erstaunlich kraß und über der würdevollen Zeremonie lagerte der konservative Geist verstoffener Jahrzehnte. Was man befürchten mußte, war prompt eingetroffen: Statt exakter Formulierungen, statt eines Programms von intellektuell-schöpferischer Lebendigkeit eine zum Teil billige, vor diesem Gremium unerträgliche Phrasologie. Man sprach sehr viel und mit Rhythos von kultureller Missionarbeit, die man in düntelhaftem Vergleich mit der religiösen Missionarbeit des Evangelismus und Katholizismus zog. Beisid, als Universitätsprofessor Dr. G. Pfeilschütter die banale Floskel von der „Ueberlegenheit des deutschen Geistes“ aussprach. Ob der Herr Rektor der Münchener „Deutschen Akademie“ damit auf den anwesenden Stockholmer Gast, Prof. v. Nordenskiöld, kulturmissionarisch wirkte? Wenn man ein Gegenstück zur Académie française schaffen will — ob das beabsichtigt ist, wissen wir nicht —, so sollte man das Unternehmen auf eine — verzeihen Sie, meine Herren — innerlich ehrlichere, breite, tendenzlos nicht so gebundene Basis stellen. Selbstam auch, wie sehr die Redner des Abends bemüht waren, die deutsche Kunst mit eleganter Handbewegung in die Kulisse zu schieben. „Wo bleibt die Kunst?“ rief der temperamentvolle Bildhauer Hugo Lederer, und mit diesem treffenden Zwischenruf, den er später eindringlich wiederholte, scheint er uns die Quintessenz dieser Akademie gezogen zu haben. An sich könnte eine wissenschaftlich-künstlerische Vereinigung, die sich, ohne den Konnex mit der großen Verbundenheit des europäischen Geisteslebens zu verlieren, mit der Deutung und Ausdeutung des geistigen Schaffens unseres Volkes beschäftigte, die den Quellen und dem Entwicklungsfluß der wissenschaftlichen, der künstlerischen Kräfte mit objektiver Eindringlichkeit nachspürte, sehr wohl eine eminente

Deutschnationaler „Ehrenrat“.

Ehreneklärung für Geisler. — Lud Best?

Am 24. Februar 1925 hatte sich der Redakteur Zimmermann vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband vor Gericht zu verantworten, weil er in einem Schreiben vom 3. November 1924 an die Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei in Berlin erklärt hatte, daß „alles, was Herr Geisler schreibt, nur mit Mühe in Einklang mit der Wahrheit zu bringen ist“. Zimmermann wollte den Beweis dafür antreten, daß Geisler seit Jahren mit falschen Zahlen arbeitet, daß er den Vorwurf, er habe gelogen und betrogen, entgegengenommen hat, daß er einen Brief „fälschert“, daß er die Mitglieder der Vaterländischen Verbände hinter Licht führt und das er sich bei seinem Kampf — gleichgültig gegen wen — Mittel bedient, die kaum ein zweiter Abgeordneter irgendeiner anderen Partei anwenden würde. Das Gericht hat Zimmermann freigesprochen.

Nunmehr hat der „Ehrenrat“ der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, der Herr Geisler bekanntlich immer noch angehört, nach einer Prüfung des Prozesses Geisler-Zimmermann festgestellt, „daß die Herrn Geisler gemachten Vorwürfe nicht zutreffen. Das Urteil stellt in der Hauptsache eine Rechtfertigung des Herrn Geisler dar“. Damit ist „Ehren“-Geisler also für würdig befunden worden, der Deutschnationalen Reichstagsfraktion weiter als besondere Zierde anzugehören.

Nach dieser Ehreneklärung darf man mit einiger Neugier dem Spruch entgegensehen, den dieser „Ehrenrat“ im Fall Best fällen wird. Es wäre nicht verwunderlich, wenn der Abg. Best eine Ehreneklärung des deutschnationalen „Ehrenrats“ mit einer Beleidigungsklage beantworten würde.

Der „Aventin“ bleibt fest.

Rom, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Ausschuss der Opposition hat vor wenigen Tagen bekanntlich mit Mehrheit die Teilnahme an den Kammerarbeiten beschlossen. Am Dienstag sollte dieser Beschluß von den Fraktionen sanktioniert werden. Es scheint jedoch zweifelhaft, ob es dazu überhaupt kommen wird. Die Verhandlungen sind am Dienstag abend noch nicht restlos abgeschlossen worden. Der vorläufige Eindruck ist der, daß sich die Mehrheit der Opposition gegen eine Rückkehr in die Kammer wendet. Für diese Rückkehr sind ausschließlich die Demokraten und ein ganz geringer Teil der Popolari. Auch Turati erklärte sich dafür, während aber seine Fraktion in der Opposition verharren will. Die Demokraten haben bereits erklärt, daß sie sich einem Mehrheitsbeschluß fügen wollen und infolgedessen nicht in die Kammer zurückkehren.

Der ermordete Engländer.

London, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag ist in Peking ein Engländer ermordet worden, der in den Schanghaier Elektrizitätswerken angestellt war. Die Erregung über diese Tat ist in England außerordentlich. Die Regierung hat jedoch bisher weitere Schritte nicht unternommen. Sie ließ am Dienstag öffentlich erklären, daß keine der interessierten Mächte vorläufig an eine Intervention denke. England werde, falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, vorläufig nichts anderes tun, als das Leben und das Eigentum seiner Staatsangehörigen in China zu schützen.

Die Mächte zur Lage in China.

Paris, 17. Juni. (Ill.) Die „Chicago Tribune“ meldet, daß sich die an den Verhältnissen interessierten Mächte über folgende Fragen geeinigt haben: 1. Keine Macht soll unabhängig von den anderen einen Schritt unternehmen, 2. Eingriffe in chinesische Angelegenheiten sollen nur stattfinden, wenn Leben und Eigentum fremder Untertanen gefährdet ist, 3. Es soll eine allgemeine Konferenz mit China stattfinden, da es keine feste Zentralregierung gibt, 4. Eine Konferenz zur Revision der chinesischen Zölle soll sobald wie möglich stattfinden. Es soll China gestattet werden, die Zölle zu erhöhen, wenn Frieden und Sicherheit wieder hergestellt sind.

Die Epistel aus Reading.

In S. Fischer Verlag erschien ein erschütterndes menschliches Dokument, Oskar Wildes „Epistola“, übersetzt und eingeleitet von Max Mejerfeld.

Wie die Wildesche „Ballade vom Judthaus in Reading“ immer wieder den Leser in ihren düsteren Bann zieht, so wird auch diese Epistel aus Reading zum dauernden Erlebnis. Der Dichter Wilde schreibt hier sich und dem Freunde eine Abrechnung, die die Tragödie seiner Freundschaft von allen Seiten beleuchtet. Was in „De Profundis“ von dem Herausgeber ausgemerzt wurde, um den Briefempfänger zu schonen, klagt in der „Epistola“ ungefürt und unverhüllt an.

Nicht nur, weil Oskar Wilde diese Epistola geschrieben und sich so eine Fülle von Erinnerungen und Begebenheiten darum ranken, ist sie so erschütternd, sondern weil die gemarterte Seele eines Menschen und Künstlers zugleich sich offenbart. Wer nie etwas von Wilde gelesen haben sollte, ihm stünde er nach diesem Buch vielleicht noch mehr vor Augen als dem zu sehr wissenden Literaturhistoriker.

Ein griechisch empfindender Mensch, vergöttert und umworden, mit allen Fasern seines Herzens seinem Schönheitsideal und dem Rausch der Sinne lebend, ein Meister der Form im Kunstwerk und Leben, herabgerissen von seinen höchsten Höhen in die Judthausqual zu Reading. Der Trost dieser Seele, bis sie sich zur demütigen Liebe bekennt, bis sie Leid und Schmerz, die sie früher als unvollendet verachtet, als Höchstes und Tiefstes zugleich zu empfinden versucht, ist hart und empörend zugleich. Dieser englische Grieche, der sich in Demut der umfassenden Leidliebe eines Jesu neigt, der Worte über ihn findet, wie sie schöner nie gesagt, er wird deshalb doch nicht zum Galileer.

Jede Seite des Buches ist erfüllt mit tiefen, nachdenklich machenden Sätzen des bis in die Fingerspitzen kultivierten Dichters, dem seine Judthausqual auch die andere, dunkle Welt gab. Kunstschaffen, marternde Erlebnisse, bekümmerte Formschönheit, dialektisches Denken, reiches Wissen, gequälte und gekränkte Freundschaft, Hörigkeit, Menschenpein, Ehrgeiz, Mitleid, mühsam geducktes Hassen, die ganze Stofa von Empfindungen, sie schwingt in diesem Buch und läßt einen so die Persönlichkeit Wildes immer wieder in seiner Epistola suchen. Bruno Schönlant.

Enzian.

Von Rupp.

An einem schönen Nachmittag kam der Postbote zu uns herauf. Er brachte ein Päckchen. Von wem möchte es sein? Aus dem Äußeren war es. Flugs machte ich es auf, und fast erschrocken vor Freude blühte ich hinein. Eine Blumenpracht in grünem, feuchten Rosse gebettet ruhte in dem kleinen Karton. Herb und süß wie Honig stieg der Duft empor. Enzian! Blau Glockenziane! Die schickte ich Ihnen als Gruß aus den Bergen“, schrieb die Absenderin. „Runke-Punkte hat sie gepflückt.“

Befruchtung unseres Geisteslebens sein. Sie dürfte allerdings kein Desile imponierender Titel, kein überhebliches Renommierinstitut über Missionierungsaufgaben, sondern eine Vereinigung der lebedigsten Kräfte des deutschen Volkes, ein Brennpunkt unserer modernen völkischen (das in gutem Sinne!) Kultur sein. Das letztere vermühte man schmerzlich in jenen recht durchschnittlichen Begrüßungs- und Einführungsanreden, und so ist man gezwungen, mit einer erheblichen Dosis Stepsis an diese Akademie heranzugehen.

Das Wiener Philharmonische Orchester trifft Donnerstag in Berlin ein, um zweimal in der Philharmonie ein klassisches Symphonieprogramm unter Leitung Kleibers zu absolvieren. Dieses Ensemble hat den Ruf, das beste Orchester Europas zu sein, und das musikalische Berlin sieht seinen Vorbietungen mit größter Spannung entgegen. Darüber hinaus aber hat die Reise der Wiener symbolische Bedeutung. Die Stadt, in der die größten symphonischen Meister klassischer und neuerer Zeit von Beethoven und Haydn bis Brudner und Mahler gewirkt haben, die Stadt, in der das deutsche Lied Schuberts und der Walzer von Johann Strauß geboren wurden, grüßt mit seinen Sendlingen das deutsche Volk, in dem Gesang und Symphonie, Lied und Musikdrama stärksten Boden und Heimat hat. Die Geister zweier Nationen, die eines Stammes, eines Blutes, eines Gemeinheitswillens sind, treffen sich in der Liebe zur Musik am schönsten. Der Anschlaggedanke kann nicht tiefer und sinnvoller symbolisiert werden. So sind auch die Reden des Reichstagspräsidenten Lbbe und des Oberbürgermeisters zu verstehen als eine Besiegelung des Anschlagwillens. Wir grüßen die österreichischen Brüder, Oesterreichs beste Musikanten.

Eine Expedition zum Sonnenstudium. Die Geographische Gesellschaft von New York hat eine wissenschaftliche Expedition ausgerüstet, die sich nach Ostafrika und Marokko begeben wird, um dort Studien über die Sonnenhitze, die Sonnenstrahlen und deren Veränderungen zu machen. Die Mitglieder der Expedition werden vier Jahre lang Tag für Tag die Veränderungen des Sonnenlichtes und seine Wirkungen studieren und registrieren. Sie hoffen, auf Grund dieser Arbeit in Zukunft mit Sicherheit und einige Tage im voraus die Bildung von Zyklonen und Gewittern, von Stürmen, Regen, Nachfrösten usw. konstatieren zu können.

Die Galerie Ferdinand Möller, Potsdam, Bollnestr. 14, hat eine Ausstellung von Werken des frühverstorbenen Theo von Brockhausen veranstaltet. Außer dieser Kollektivausstellung werden Einzelwerke von Künstlern der „Brüder“ und Plastiken von Kolbe, Lechner und Scheide gezeigt.

Platausstellung. Die „Deutsche Bauzeitung“ hat zur Erlangung maßstabgültiger Plata ein Preisanschreiben veranfaßt, das mit 325 Arbeiten der deutschen graphischen Künstler besetzt wurde. Die Ausstellung dieser Arbeiten findet vom 18. bis 28. Juni in der Aula der Technischen Hochschule, Charlottenburg, Berliner Straße 170/172, werktäglich von 10 bis 7 Uhr, sonntäglich von 10 bis 1 Uhr statt und ist allen interessierten Kreisen kostenlos zugänglich.

Das diesjährige Sommerfest der Genossenschaft deutscher Bühnengehörigen findet am Freitag, den 19. ab 6½ Uhr nachmittags im Luna-Park statt. Der Eintritt beträgt 1,50 M. pro Person. Jede Eintrittskarte berechtigt zur unentgeltlichen Teilnahme an der Verlosung eines neuen Autos (Stierpfer), das von der Firma Schebera geliefert wurde.

Ein Opfer der KPD.

Die menschenfreundliche KPD-Zentrale.

Vor längerer Zeit haben wir die Nachricht von der Verhaftung des früheren württembergischen Reichstagsabgeordneten Hans Stetter mitgeteilt und durch eine ganze Reihe von Einzelheiten belegt, wie die KPD-Zentrale diesen Mann direkt der Polizei in die Arme getrieben hat. Die „Rote Fahne“ hat damals, wie gewöhnlich in ihrer Verlegenheit, sich mit einigen schnoddrigen Redensarten aus der Affäre zu ziehen gesucht. Wir können ihr heute mit einigen weiteren Einzelheiten dienen.

Hans Stetter wurde bei den Dezemberwahlen 1924 als Reichstagskandidat nicht wieder aufgestellt, trotzdem gegen ihn eine ganze Reihe Strafverfahren schwebten. Unter dem Druck der Verhältnisse in der Zentrale wurde er dann gezwungen, nach Frankreich auszuwandern. Man gab ihm einen falschen, auf den Namen eines Belgiers lautenden Paß, trotzdem man wußte, daß er kein Wort französisch redet. Ende Februar kam er nach Frankreich. Von der Zentrale erhielt er keinerlei Gehalt. Erst auf wiederholtes Drängen hat man ihm am 20. April 200 Mark als Aprilgehalt übermittelt. Davon sollte er in Frankreich und seine Familie in Stuttgart leben. Im Mai wiederholte sich das gleiche Schauspiel. Als er sich bei der Zentrale beschwerte, erhielt er die Nachricht von der Einsetzung eines Schiedsgerichts. Unter dem Druck seiner Not und in der Absicht, zur Zentrale nach Berlin zu fahren, kehrte Stetter nach Deutschland zurück. Kaum hatte er die Grenze passiert, so wurde er in Mannheim verhaftet. Der Grund seiner Verhaftung ist

Verrat seiner eigenen Parteigenossen.

denn die Sache hat sich folgendermaßen zugetragen:

Stetter war auf dem Parteibureau der KPD in Mannheim, wo noch eine Anzahl von Parteigenossen anwesend waren. In der Unterhaltung fällt durch einen Zufall der Name Stetter; zwei der betreffenden entfernen sich sofort darauf, und Stetter wird, als er kurze Zeit darauf bei dem badischen Landtagsabgeordneten Kenzler zum Mittagessen war, von der Polizei verhaftet.

Reben diesen Vorgängen haben sich aber auch noch eine Menge anderer Dinge abgespielt, die nicht weniger interessant sind: Während Stetter sich im Auslande befand, erhielt seine Frau folgenden Schreiben:

B. G. I. Seit November v. J. befindet sich der Genosse Stetter in anderweitiger Verwendung der Partei. Wir haben für diese Zeit, insbesondere, um der Familie des Genossen St. im Falle einer Krankheit Arzt und Apothekerkosten zu ersparen, die Krankenkassenbeiträge weiterbezahlt. Der Genosse Köhler hat Ihnen bereits vor einigen Monaten erklärt, daß die Krankenkassenbeiträge von Ihnen der Partei zurückvergütet werden müssen, insbesondere, da der Genosse St. den Gehalt von der Partei weiter bezieht. Wir möchten Sie ersuchen, uns für die Monate November bis einschließlich März den Betrag von 48,50 M. zurückzuerstatten. (1)

Den Genossen St. haben wir als Krankenkassenmitglied abgemeldet und Sie, um Ihnen die Möglichkeit zu geben, nachher als freiwilliges Mitglied sich anmelden zu können, bei der Krankenkasse angemeldet. Wir ersuchen um baldmöglichste Erledigung dieser Angelegenheit.

Mit kommunistischem (!) Gruß
Die Bezirksleitung Württemberg
Pol. und Orbüro der KPD.

Und dieses, trotzdem die Herrschaften wußten, daß sie fast vollständig mittellos dastehen. Außerdem wurden ihr am 29. Januar die Möbel im Werte von 230 M. gepfändet, weil die Parteileitung sich weigerte, für Stetter die im Interesse der Parteiloyalität verhängten Geldstrafen zu bezahlen. Nur dem Umstande, daß die bürgerlichen Richter mehr soziales Empfinden hatten als die Parteileitung der Kommunistischen Partei, ist es zu danken, daß heute noch die Möbel Eigentum der Familie Stetter geblieben sind.

Kun kommt aber noch das Schönste: Die „Schwäbische Tagwacht“ in Stuttgart hat im Anschluß an die Verhaftung von Stetter diese auch hier erwähnten Tatsachen festgehalten. Daraufhin wurde die Frau Stetter durch Eilbrief vor das Stuttgarter Bezirksbureau geladen, wo man von ihr nicht mehr und nicht weniger verlangte, als eine Erklärung abzugeben, in dem Sinne, daß all das, was in der „Tagwacht“ gestanden habe, unwahr sei. Selbstverständlich weigerte sie sich, dies zu tun, worauf die Herrschaften auf den grandiosen Einfall kamen, in der „Mannheimer Arbeiterzeitung“ nachstehende Erklärung zu veröffentlichen:

„Ich bin es gewohnt, derartige verlogene Berichte über meine Person und die Zentrale von der SPD. in die Welt gesetzt zu sehen. Ich habe daher selbst mehrere Male öffentlich die SPD.-Sudeteilen richtiggestellt.“

Zu der Richtauszahlung des Sekretärgehalts und der Pfändung meiner Möbel muß ich erklären, daß ich bis Ende März d. J. mein Gehalt pünktlich und regelmäßig erhielt. Wenn später eiliche Male mein Gehalt mich im Auslande nicht so pünktlich erreichte, so lag das an der Schwierigkeit der Verbindung.

Meine Möbel oder sonst ein Stück Hausrat sind überhaupt nicht gepfändet worden, weil alles restlos von der Partei und dem Betrag bezahlt wurde. Die ganze Pfändungsgeschichte existiert daher nur in den schmutzigen Hirnen der SPD.-Redakteure.“

Zur Veröffentlichung dieser Erklärung soll Hans Stetter die „Mannheimer Arbeiterzeitung“ ermächtigt haben. Diese Behauptung ist von A bis Z erlogen; denn er hat diese Erklärung weder abgefaßt noch irgendwie jemand beauftragt, in seinem Namen dieselbe zu veröffentlichen.

Der Fall Stetter ist in der KPD. nur einer von vielen. So wie Stetter ist es Hunderten ergangen, und heute noch irren diese Opfer der kommunistischen Zentrale in der ganzen Welt umher, während ihre Familien der bittersten Not preisgegeben sind. Für die kommunistische Zentrale dienen dann solche Vorgänge wie die Verhaftung Stettens nur zum Vorwand, um eine verlogene Hege — gegen andere — vom Stapel zu lassen. So hat die „Rote Fahne“ die Straß gebüht zu behaupten, die Verhaftung Stettens komme aus dem Schuldkonto des badischen Innenministers Kummelsburg. Die „Rote Fahne“ weiß selbstverständlich ganz genau, daß die Kriminalpolizei in Baden dem Justizminister untersteht, der ein Zentrumsmann ist. Aber darauf kommt es für die Kommunisten nicht an, für sie ist die Hauptsache, daß eben gegen die Sozialdemokratie gehandelt wird.

Das Beispiel des verhafteten Stetter zeigt, wie gewissenlos die kommunistische Zentrale mit ihren Anhängern umgeht, wenn sie sie preisgeben will. Jede einfachste menschliche Rücksicht fällt für die Heuchler der KPD-Zentrale fort. Der Reichstag hat um so mehr die Pflicht, diesen unglücklichen Opfern der kommunistischen Ruffabrikt zu helfen und dafür zu sorgen, daß endlich die so lange angekündigte Amnestie zur Wirklichkeit wird.

Attentat in Palästina. Nach einer Meldung aus Jerusalem ist der englische Gouverneur von Südpalästina in Hebron durch einen Revolverbeschuss von einem Unbekannten ermordet worden, der die Flucht ergreifen konnte. Die englischen Behörden haben erklärt, daß, wenn der Mörder nicht gefaßt werden sollte, die Stadt eine hohe Strafe zu bezahlen haben würde.

Eine Bootstaufe.

Wassersport im Waisenhaus.

Die Freude am Paddelsport hat auch die Kinder des Waisenhauses Kummelsburg angesteckt. In einer so günstig am Wasser gelegenen Anstalt konnte das gar nicht ausbleiben. Schon immer muß in den Jungen sich der Wunsch geregt haben, auf der lockenden Fläche des Kummelsburger Sees im eigenen Boot umhergondeln zu dürfen. Schließlich hatte ein Lehrer der Anstalt den Einfall, zusammen mit den Kindern im Vertununterricht versuchsweise ein Paddelboot zu bauen — und das Werk gelang. Als der Erstling vom Stapel gelaufen war und die Wellen des Kummelsburger Sees durchquerte, spornete der Erfolg zu einem zweiten Versuch an und auch der glückte. Dann aber nahm der treu zur Anstalt haltende Verein ehemaliger Jünger des Waisenhauses Kummelsburg sich der Sache an und brachte durch ein von ihm veranstaltetes Konzert die Mittel für ein drittes Boot auf, das fertig gekauft wurde. Und zuletzt fand sich noch ein einbegehriger Freund des Waisenhauses, der Geld zum Ankauf eines vierten Bootes spendete.

Am Montag gab es in dem alten schönen Park der Anstalt ein schlichtes Fest, das der Taufe dieser kleinen Paddelbootflotte galt. Oberbürgermeister Böß, Stadträtin Wegl, Erziehungsdirektor Knaut, Direktor Blum von der Anstalt „Lindenhof“ und andere in der städtischen Jugendwohlfahrtspflege mitarbeitende Männer und Frauen sowie Vertreter des Vereins der ehemaligen Kummelsburger Jünger waren unter den Gästen und erfreuten sich an dem schönen Bild, das die auf dem Festplatz sich tummelnden Kinder, vor allem die Mädchen im Schmutz ihrer farbigen Sonntagskleider, boten. Vom Lichtenberger „Lindenhof“ waren die Jungen mit ihren Blasinstrumenten herbeigezogen, um die Gäste mit musikalischen Darbietungen zu unterhalten. Auf dem Festplatz standen nebeneinander die vier Boote, bekränzt mit Girlanden aus Eichenlaub. Waisenhauddirektor Senger begrüßte die Gäste und erinnerte in seiner Festrede an die im Waisenhaus Kummelsburg schon seit vielen Jahrzehnten getriebene Pflege des Sportes, des Schwimmsports, des Eislaufs, zu denen nun endlich auch der Rudersport kommt. Dann wurde die Taufe der Boote vollzogen. Oberbürgermeister Böß wies auf die gesundheitsliche Bedeutung der Leibesübungen für die Entwicklung der Jugend hin und taufte ein Boot auf den Namen „Jugend“. Stadträtin Wegl sprach von der Freude der Kinder am Spiel und erwähnte, daß einmal ein Junge, der seinen Wunsch nach einem Boot nicht aussprechen magte, auf ihre indringliche Frage, ob denn das, was er wünschte, etwas so unerfüllbar Großes sei, ihr treuherzig antwortete: „Wenn du willst, denn kannst.“ Die Kraft dieses „Wenn du willst, denn kannst“ habe sich auch bei der Entstehung der kleinen Bootflotte gezeigt, die den Kindern neue Freude bringt. „Unsere Freude“ taufte sie das zweite Boot. Der Verein der ehemaligen Kummelsburger Jünger will in demjenigen Boot, dessen Ankauf er durch Beschaffung der Mittel ermöglicht hat, den früheren Waisenhauddirektor Wille ehren, den die früheren Jünger in dankbarer Erinnerung haben. Ein Vertreter des Vereins gedachte des Wirkens dieses trefflichen Mannes und taufte das Boot „Wille“. Als letzter kam der selbstgebaute Erstling daran, das Boot, das der Liebbling der Kinder geblieben ist. Lehrer Umer, der den Bau geleitet hat, taufte das Boot „Liebling“. Danach wurden die vier Boote von den jubelnden Kindern auf die Schulter genommen und unter Vorantritt der Lindenhofer Kapelle und dem Geleit der Festteilnehmer zum Wasser hinabgetragen, und bald paddelten die Jungen stolz und vergnügt auf dem See umher. Zum Schluß ließen sich Ehrengäste und Waisenkinder an dem Festplatz an einer Kaffeetisch nieder und erfreuten sich an Turnübungen der Jungen, an Reigentänzen der Mädchen und an dem Konzert der Lindenhofer.

Die Zustände auf den Telefonämtern.

Die Oberpostdirektion hält die Aufsichtsbeamten für beleidigt.

Der „Vorwärts“ brachte am 17. Dezember 1924 in Nr. 594 einen Artikel, der eine Schilderung des Betriebes auf den Telefonämtern gab und sich dabei auf die Darstellung eines der Postverwaltungen sonst keineswegs unfreundlich gestimmten Fachblattes stützte. In diesem Artikel sah die Oberpostdirektion Berlin den Vorwurf gegen die Aufsichtsbeamten, daß gegen die durch ihren Beruf überanstrengten und nervösgemachten Telefonbeamtinnen zu rigoros vorgegangen werde, und sie stellte Strafantrag gegen den „Vorwärts“-Redakteur Genossen Frih Karstädt. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte, das heute über die Sache zu verhandeln hatte, schiederte der vom Vorsitzenden gemachte Vergleichsvorschlag daran, daß Genosse Karstädt es ablehnte, die allgemeinen Vorwürfe gegen das System der Aufsichtsführung zurückzunehmen. Nur in Einzelheiten, die sich gegen bestimmte Personen richteten, war er zur Zurücknahme bereit. Die Oberpostdirektion erklärte durch ihren Vertreter, sie habe bei Unterbrechung der Vorgänge nichts zu bemängeln gehabt. Ihr sei aber darum zu tun, daß die Dinge durch diesen Prozeß klargestellt werden. Das Gericht kam zu einer Verurteilung. Zum nächsten Termin sollen die Akten von der Oberpostdirektion vorgelegt werden. Genosse Karstädt hat durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Otto Landsberg, den Wahrheitsbeweis angeboten.

Ein Dummerjungenstreich.

Mehr als vier Stunden beschäftigte die unverständliche Tat eines Steuerkretars St. das Schöffengericht Berlin-Weßing. Er war wegen Urkundenfälschung, Unterschlagung und Liebertretung unter Anklage gestellt worden. St. war ein Kunde und zugleich guter Bekannter des Schuhmachermisters Th. Da dieser in Steuerangelegenheiten nicht gut bewandert war, wandte er sich oft vertrauensvoll an St., der ihn dann freundschaftlich beriet. Vor längerer Zeit besuchte St. eines Abends wieder den Schuhmacher und kam auch auf die Rhein-Ruhr-Abgabe zu sprechen. Als Th. ihm sagte, er hätte ja seine beiden Raten schon bezahlt und käme für eine nochmalige Veranlagung nicht mehr in Frage, meinte St., es wäre trotzdem nicht ausgeschlossen, daß er noch einmal etwas zahlen müsse.

Am nächsten Morgen slog ihm auch schon durch die Post ein Mahnzettel auf den Tisch in Höhe von ungefähr 65 Mark, zahlbar an das Zentralfinanzamt, bei dem St. tätig war. Verwundert und zugleich empört über die Aufforderung ging er sogleich nach dem Amt, um Einspruch dagegen zu erheben. Hier wurde ihm von mehreren Umfrage haltenden Beamten der Befehl erteilt, einen Beamten mit dem Namen des Unterzeichners des Mahnzettels gäbe es auf dem Amt nicht, ebenso käme das Zentralfinanzamt für die Veranlagung keiner Gewerbetreibender gar nicht in Frage. Nachdem sich Th. noch einen diesbezüglichen Vermerk auf dem Steuerzettel machen ließ, um eine Unterlage für den vielleicht doch erscheinenden Steuererzähler zu haben, wollte er sich entfernen. Auf der Treppe begegnete ihm zufällig (?) der befreundete Angeklagte St. und fragte ihn nach dem Grund seines Hierseins. Als ihm Th. den sagte, nahm er ihn den Mahnzettel ab und sagte ihm, er werde versuchen, den Urheber der Sache festzustellen. Th. verlangte aber in den nächsten Tagen von St. den Steuerzettel wieder, dem dieser auch nachkommen wollte. Der Steuerzettel verschwand aber plötzlich auf unerklärliche Weise aus dem Gewahrsam des St. Er schrieb nun eine Bescheinigung aus, daß Th. keine Steuern zu zahlen hätte, verlas sie mit dem Dienstsiegel seines Vorgesetzten und gab sie Th. Diesem stiegen aber inzwischen Zweifel auf, weshalb er die Angelegenheit vor Gericht brachte. Der Verteidiger St. versuchte, dem Gericht darzulegen, daß St. ja gar nicht in den Besitz des Geldes gelangen konnte, weil er durch den beigelegten Postcheck im Falle der Einzahlung der Kasse zugegangen wäre. Wenn St. im Falle des Besingens doch keinen Vorteil gehabt hätte, könne er auch nicht der Anstifter sein. Das Gericht war aber anderer Auffassung und verurteilte den Angeklagten zu 150 Mark Geldstrafe und 1 Monat Gefängnis. Für die Gefängnisstrafe

erhielt er bei Zahlung einer Geldbuße von 200 M. in vier Monatsraten 3 Jahre Bewährungsfrist. Der Staatsanwalt hatte 9 Monate und 1 Woche Gefängnis, 3 Jahre Ehrverlust und 50 M. Geldstrafe beantragt. Das Gericht erludte aber in der Sache einen Dummerjungenstreich, was sie ja auch ohne Zweifel war. Unverständlich bleibt es dennoch, wie ein Beamter, schon 35 Jahre unbescholten im Dienst, auf solche gefährlichen Scherze verfallen um damit seine Stellung und sein Ansehen aufs Spiel setzen kann.

Festnahme und Untersuchungshaft.

Eine Verammlung des Berliner Anwaltsvereins.

Kürzlich fand im Ingenieurhaus in der Sommerstraße eine stark besuchte Versammlung des Berliner Anwaltsvereins statt. Sie beschäftigte sich mit den Fragen, die sich aus Handhabung der Festnahme und der Untersuchungshaft ergeben.

Rechtsanwalt Dr. Alsberg wies zunächst in äußerst sachlichen Ausführungen auf die Mängel hin, die den Rechts Garantien des Beschuldigten im Untersuchungsverfahren innewohnen. Er erörterte weiterhin die Möglichkeiten ihrer Beseitigung. Logit und Menschlichkeit fordern, daß jeder Festgenommene spätestens am Tage nach der Festnahme dem Richter vorzuführen ist. Voraussetzung der vorläufigen Festnahme muß jedoch das Vorliegen eines richterlichen Haftbefehles auf Grund von festgestellten Tatsachen sein. In unzähligen Fällen der Praxis sind hier die für eine gerechte Justiz selbstverständlichen Gebote überschritten worden; oftmals wurden Haftbefehle erlassen, und tages, wochen-, ja sogar monatelang aufrechterhalten, die bei einwandfreiem Vorgehen niemals erlassen worden wären. Wir haben es fernerhin gerade in der letzten Zeit oftmals erlebt, daß von der Untersuchungshaft in Ausmaß des Gebrauchs gemacht worden ist, die durch die Strafprozessordnung keinesfalls gerechtfertigt sind. Der Redner ging weiterhin näher darauf ein, welches bei stimmungsgemäßer Auslegung des Gesetzes und bei Beachtung der Auslegungen die Voraussetzungen zum Erlassen eines Haftbefehls sind, er beanstandete fernerhin die immer und immer wieder für Haftbefehle gegebene Begründung, daß „Fluchtverdacht“ vorliege. Zahlreiche Verfahren, in denen er vordem festgenommene lange Zeit in Untersuchungshaft saß, endeten mit Einstellung oder späterer Freisprechung. Die Justizverwaltungen der Länder haben die rechtliche und moralische Pflicht, sämtlichen, also auch diesen Mängeln der Rechtspraxis endlich nachzugehen und sie abzustellen, und vor allen Dingen ist es sofortige Notwendigkeit, die Untersuchungshaft mit allen Mitteln auf das äußerste zu beschränken; an Hand einer Statistik wird leicht der Nachweis erbracht werden sein, daß bei solchem Vorgehen die Gefahr des Fluchtverdachts abnehmen wird. Will die Justiz das bei weiten Kreisen verlorene Vertrauen zurückgewinnen, so muß freilich auch in vielen Punkten das Gesetz abgeändert werden. Wenn Tatverdacht begründet wird, so ist unbedingt zu verlangen, daß das Vorgehen der Justizbehörden auch durch einzelne Tatsachen belegt wird. Fernerhin darf nicht der Fluchtverdacht mit der Höhe der zu erwartenden Strafe allein begründet werden, ihn müssen auch die persönlichen Verhältnisse des Beschuldigten wahrscheinlich machen. Es ist außerdem zu fordern, daß die Untersuchungshaft nicht einen Tag länger aufrechterhalten wird, als es unbedingt nötig ist. Alsberg ging weiterhin auf die Verletzung der Untersuchungshaft ein und kritisierte sie im allgemeinen und den Geheimertloß des preußischen Wohlfahrtsministeriums im besonderen. Wenn auch die Fesseln des Rechts, so schloß der Redner unter starkem Beifall, und die Bande der Humanität von unserer Justiz unbewußt abgestreift worden sein mögen, so schadet ihr dennoch nichts mehr, als wenn sie es nicht versteht, Vorbild für die Staatsbürger zu sein, die sie zu rechtlichem Denken und Tun erziehen soll.

Anschließend sprach Rechtsanwalt Graf Pestalozza-München über die psychologischen Wirkungen von Festnahme und Untersuchungshaft. In der Diskussion ergriff Senatspräsident Großmann das Wort zu eindringlichen Ausführungen über den Geist der Bureaukratie in der Justiz. Nach einer lebhaften Aussprache zwischen Justizrat Löwenstein und Landgerichtsdirektor Siegert schloß die Versammlung mit dem Auftrag an Dr. Alsberg, einen Gesetzentwurf über die freigelegten Punkte für den Anwaltsverein auszuarbeiten.

Reichsstreffen der JdU.-Jugend in Bielefeld.

Der will am 28. und 29. Juni zu Hause bleiben, wenn sich die gesamte Jugend des Verbandes in Bielefeld zu einer gewaltigen Kundgebung versammelt? Kommt alle mit, der Reichsjugendtag wird für die Beteiligten ein Erlebnis, er wird eine Erinnerung für das Leben werden! Jeder Teilnehmer am Reichsjugendtag muß folgendes bestimmt beachten: Die Teilnahmegebühr (2, bzw. 3 M.) sowie das Fahrgehd für die Hin- und Rückfahrt (6,20 M.) nach Bielefeld müssen bis zum 15. Juni eingezahlt sein. Die Einzahlung erfolgt durch die Gruppenleiter, die das Geld an das Jugendsekretariat abführen. Abfahrt nach Bielefeld am Freitag, den 27. Juni, abends 11,56 Uhr vom Schlesischen Bahnhof. Treffpunkt pünktlich um 11 Uhr vor dem Haupteingang Bahnhofs. Der Zug trifft Sonnabend morgens 7,03 Uhr in Bielefeld ein. Nachzügler fahren am Sonnabend abends 11,56 vom Schlesischen Bahnhof. Treffpunkt und Ankunft wie oben. Rückfahrt von Bielefeld am Montag abends 10,58 Uhr mit dem Zuge, der Dienstags morgens um 6,22 Uhr in Berlin, Schlesischer Bahnhof, eintrifft. Ferienfahrt vor dem Reichsjugendtag nach dem Wehrbergländ. Beginn Sonntag, den 21. Juni, (Abfahrt Sonnabend abends), Führer Kol. Heinz Mang. Die Teilnehmer an dieser Wanderung treffen am Sonnabend, den 27. Juni, in Bielefeld ein. Ferienfahrt anschließend an den Reichsjugendtag nach dem Wehrbergländ. Beginn Montag, den 29. Juni, Abfahrt von Bielefeld. Bei den Wanderungen ist ein Besuch der Städte Hameln, Hannover, Hildesheim vorgelesen. Meldungen bis zum 12. Juni an das Jugendsekretariat, Belle-Alliance-Str. 7/10.

Großer Dachstuhlbrand in der Kaiserallee.

In dem Hause Kaiserallee 69 in Friedenau brach heute morgen gegen 4,8 Uhr ein Dachstuhlbrand aus, der infolge des herrschenden Windes mit großer Schnelligkeit um sich griff. Mehrere Löschzüge eilten auf den Alarm sofort herbei, und erst nach stundenlangem kräftigen Wassergeben gelang es, gegen 4,1 Uhr mittags den Brand zu bewältigen. Die oberen Stockwerke sind teils vom Feuer — teils von den Wassermengen stark in Mitleidenschaft gezogen. Unter der großen Rauchentwicklung hatten die Wehrleute schwer zu leiden, und ist bedauerlicherweise der Feuerwehrmann Darger durch eine große Stichflamme schwer verletzt worden. Er fand in einem nahegelegenen Sanatorium Aufnahme. Der Dachstuhl des Gartenhauses ist völlig vernichtet, ebenso sind die Bodenoberfläche im Vordergebäude völlig ausgebrannt.

Selbstmord oder Verbrechen? Spaziergänger fanden gestern etwa 100 Meter hinter dem Potsdamer Luftschiffhafen bis zu den Knien im Wasser die Leiche eines jungen Mädchens. Die Leiche wurde als das 19jährige Dienstmädchen Frida Frenzel aus Potsdam ermittelt. Sie war in einer Weingroßhandlung in der Waisenstraße beschäftigt und ging am Sonntag vergnügt zum Ausgange fort. Die Leiche ist beschlagnahmt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Friedrichshagen. Abteilungsleiterinnen! Freitag, den 19. Juni, abends 7,4 Uhr: Kurze Besprechung bei Köpflin, Gubenstr. 19. Alle Abteilungen müssen teilnehmen.
2. Kreis Prenzlau. Freitag, den 19. Juni, 7,4 Uhr, Kreisbelegtenerversammlung im Jugendheim, Kreisstr. 19.
3. Kreis Lichtenberg. Bildungsanstalt! Donnerstag, den 18. Juni, 8 Uhr, in der Altblaßer Wirtschstr. 28. Tagesordnung: Ausgabe der Karten zum Sommerfest und Aufstellung des Programms.

Jugendsozialen-Samstagabend. Die Probe zum Spiel der Berliner auf dem Gemarkungsgelände findet Donnerstag, den 18. Juni, pünktlich 4,8 Uhr abends in der Große Spilstr. 28a (Zentrum) statt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Aussperrung in der Holzindustrie.

Nach den Feststellungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes beträgt die Zahl der Aussperrten in ganz Deutschland gegenwärtig 29 000. Diese Zahl wird sich, wenn überhaupt, nur noch wenig erhöhen.

Nichts kennzeichnet besser das frivole Vorgehen der Holzindustriellen als der Beschluß des Verbandstages der sächsischen Tischlermeister, den wir in unserem heutigen Morgenblatt bereits wiedergegeben haben. In diesem Beschluß wird ausdrücklich festgestellt, daß die Unternehmer zur Aussperrung griffen, ehe die Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft waren. Diese Feststellung des Verbandes der sächsischen Tischlermeister ist zugleich ein schallendes Demütis auf die verlogenen Behauptungen des Arbeitgeberverbandes der Holzindustrie. Auch der Vorwurf, der gegen den Reichsarbeitsminister erhoben wird, ist durchaus zutreffend.

Weimar, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Meldungen bürgerlicher und kommunistischer Blätter über den Umfang der Aussperrung der Holzarbeiter in Thüringen, nach denen in Thüringen 28 000 Aussperrte zu verzeichnen seien, müssen als phantastisch übertrieben bezeichnet werden. In Thüringen beträgt die Zahl der ausgesperrten Holzarbeiter etwa 2500, wovon u. a. auf Jena 60, auf Gera 470, auf Weimar 250 Holzarbeiter entfallen. Die Klein- und Mittelbetriebe sind durchweg der Aussperrungsparole nicht gefolgt. Von der Aussperrung ist der ganze Sonneberger Bezirk unberührt geblieben.

München, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Aussperrung unbanerischer Holzgewerbe hat sich bisher nur in den Großstädten München und Nürnberg-Fürth ausgewirkt, wo der größere Teil der Großbetriebe die Arbeiterschaft entlassen hat. Der Rest der Betriebe soll der Aussperrung noch in dieser Woche folgen. Die Großbetriebe in Augsburg haben sich bisher an der Aussperrung nicht beteiligt. Die Aussperrung in Bayern wird überhaupt insofern nur partiell sein, als der bayerische Schreinermeisterverband, dessen Mitglieder rund 5000 Holzarbeiter gegen 8000 in den Großbetrieben beschäftigen, wie bereits gemeldet, in ein neues Vertragsverhältnis eingetreten ist.

Die 7. Internationale Arbeitskonferenz.

(Von unserem Genfer Korrespondenten.)

Am 10. Juni beendete die 7. Internationale Arbeitskonferenz ihre diesjährige Tagung. Sie hat zwei Konventionenentwürfe angenommen, die aus dem vorigen Jahr zur endgültigen Leistung übernommen worden waren. Der erste betraf den Entwurf über die Gleichbehandlung fremder Arbeiter mit den einheimischen Arbeitern bei Unglücksfällen, der zweite die Unterdrückung der Nachtarbeit in den Bädereien. Ebenso hat sie zwei Konventionenentwürfe ihre Zustimmung gegeben, die beide für die Praxis von großer Wichtigkeit sind; der eine betrifft die Entschädigung bei beruflichen Unglücksfällen, der andere die Entschädigung bei Berufskrankheiten. In der Frage der Einführung einer wöchentlichen Ruhefrist in Glasbläseereien mit Wannenöfen ist durch den Widerstand der Arbeitgeber leider die vorgesehene Lösung vereitelt worden. Während der Arbeitnehmerantrag grundsätzlich den Sonntag als Ruhetag eingeführt sehen wollte, hat der Widerspruch der Arbeitgeber es unmöglich gemacht, daß es dem Ermessen der einzelnen Regierungen überlassen bleibt, in welcher Weise sie auf Grund besonderer Verhandlungen mit den Gewerkschaften eine wöchentliche Ruhefrist durchzuführen wollen.

In der sehr interessanten Frage der Einführung allgemeiner Grundlinien für eine kommende Sozialversicherung ist noch kein endgültiger Beschluß gefaßt worden, in dessen Sinn man wohl sagen, daß die Diskussion über diese Angelegenheit sich nicht nur auf einem außerordentlich hohen Niveau bewegte, sondern auch für die spätere praktische Durchführung sehr wertvolle Anregungen und Möglichkeiten eröffnet hat. Es darf allerdings nicht verschwiegen werden, daß in einer der Kardinalfragen der gesamten europäischen Arbeiterschaft, nämlich der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag, kein wesentlicher Fortschritt verzeichnet werden konnte. Wie der Bericht des Direktors mitteilte, blieben die Widerstände gegen die Ratifizierung bei den Regierungen der Hauptindustriestaaten nach wie vor bestehen. Alle platonischen Erklärungen dürften auf keinen Fall darüber hinwegtäuschen, daß das Wert der Ratifizierung nur im entsprechenden Verhältnis zu dem politischen und wirtschaftlichen Stärkeverhältnis der Gewerkschaften in den verschiedenen Ländern selbst sich vollziehen wird.

Das diesjährige seit ihrem Bestehen hat die diesjährige Arbeitskonferenz im Zusammenhang mit der Erledigung ihrer Tagesordnung politische Aufgaben von außerordentlicher Tragweite behandelt. Das Zusammenarbeiten der Arbeitervertreter mit den Gewerkschaftsvertretern von Japan und Indien war während der abgeschlossenen Tagung z. B. ein außerordentlich freundschaftliches. Im Zusammenhang mit den blutigen Vorfällen in Schanghai und der sozialen Bewegung in China betonten die europäischen Arbeitervertreter die Notwendigkeit der Interessensolidarität und des Zusammenarbeitens mit den Arbeiterkreisen des fernsten Ostens. Der Anschluß des bedeutenden japanischen Gewerkschaftsbundes an Amsterdam wird voraussichtlich in einiger Zeit zur Tatfache werden. Außerdem dürfte im Herbst dieses Jahres ein panasiatischer Gewerkschaftskongress in Schanghai stattfinden, zu dem die Amsterdamer Internationale geladen ist. Vor allem aber legen die japanischen Gewerkschaften besonderen Wert darauf, gerade mit den deutschen

Brüderorganisationen in enge Fühlung zu treten, und der in wenigen Tagen zu erwartende Besuch des Sekretärs der japanischen Gewerkschaft, des Genossen Suzuki in Berlin, wird auf diesem Gebiet wertvolle Anregungen jeder Art geben.

Die Dampfkesselüberwachung.

Die Überwachungsvereine geben ihren Widerstand auf.

In einer Kleinen Anfrage wurde von einigen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten darauf hingewiesen, daß, nachdem mit vieler Mühe in der Frage der Arbeiterversicherung eine Verständigung erzielt worden sei, der Vorstand des Zentralverbandes der Dampfkesselüberwachungsvereine erneut Quertreibereien zu machen versuche. In einem Rundschreiben, das auch dem Minister für Handel und Gewerbe zugefandt wurde, schrieben sie die Mitwirkung an den von dem Minister in Aussicht genommenen Arbeitsausschüssen und dem Hauptauschuss sowie die Festlegung anderer Richtlinien für die Einstellung der Betriebskontrolleure, als sie in Hannover anerkannt seien, ab. Gleichzeitig verpflichteten sich die Vereine zu einer Reihe weiterer Maßnahmen, wie die, ihren Geschäftsführern den Eintritt in die Arbeitsausschüsse nicht zu gestatten, bei Anstellung der Betriebskontrolleure jegliche Einmischung der Gewerkschaften abzulehnen u. a. m. Das Staatsministerium wurde gefragt, was es zu tun gedenke, um die Quertreibereien zu unternehmen abzuschließen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst der Antwort des Ministers für Handel und Gewerbe entnimmt, hat der Zentralverband der Preussischen Dampfkesselüberwachungsvereine den genannten Beschluß nicht aufrechterhalten. Vielmehr hat er in seiner außerordentlichen Mitgliederversammlung am 23. Mai d. J. in Hannover einen Beschluß gefaßt, der den Anforderungen des ministeriellen Erlasses vom 20. November 1924 hinsichtlich der Gemeinschaftsarbeit Rechnung trägt und eine baldige Meldung über die Durchführung dieses Beschlusses in Aussicht stellt. Voraussichtlich wird es daher nicht notwendig werden, gegen Dampfkesselüberwachungsvereine mit der Entziehung der ihnen übertragenen obrigkeitlichen Befugnisse vorzugehen.

Schiedspruch in der Musikinstrumentenbranche.

Umgefaßt 3000 Musikinstrumentenmacher Berlins nahmen am Dienstagabend in den Orpheum-Sälen in der Hasenheide Stellung zu dem am gleichen Tage gefällten Schiedspruch. Dorn gab von den vorher gepflogenen Verhandlungen den Bericht. Er schilderte, wie die Unternehmer es verstanden, den Abschluß eines neuen Lohnabkommens bis zu dem heutigen Tage hinauszuschieben. Schließlich gelang es doch, zu Verhandlungen zu kommen. Run verhielten die Unternehmer an Hand von Statistiken nachzuweisen, daß der erzielte Verdienst gegenüber der Vorkriegszeit ein erheblich höherer sei und sie nicht imstande wären, weitere Lohnerhöhungen zu tragen. Demgegenüber führte die Verhandlungskommission ins Feld, daß die Erhöhung der Löhne bei weitem in keinem Verhältnis zu den jetzigen Verkaufspreisen und den hohen Lebenshaltungskosten stehe. Bei einem Fabrikat der Gruppe C. B. ist der Lohn gegenüber Vorkriegszeit 25 Proz. höher, während der Verkaufspreis um beinahe 150 Proz. gestiegen ist. Das eingeleitete Schiedsgericht sollte endlich nach länger Beratung einen Schiedspruch, dessen Inhalt im wesentlichen eine 5 Proz. Erhöhung der Löhne und Abfordere vorstelt. Der Tariflohn beträgt demnach für Arbeiter über 20 Jahre 95 Pf. Wenn diese Lohnerhöhung auch nicht den Wünschen der meisten entspricht, so empfiehlt die Verhandlungskommission aus tatsächlichen Erwägungen heraus die Annahme des Schiedspruchs. So gering das Ergebnis auch sei, müßten sich die Musikinstrumentenarbeiter doch vorbehalten, in den Kampf zu gehen, wenn sie es für zureichend hielten.

In der Diskussion fehlte auch der kommunistische „Revolutionär“ nicht, der aber wenig Anklang fand. Die Abstimmung ergab sodann die Annahme des Schiedspruchs. Zum Schluß hielt Boese eine tiefempfundene Ansprache an die Mitglieder, die seit 25 und mehr Jahren dem Verbände die Treue gewahrt haben. Es wurden hierauf diesen Veteranen der Gewerkschaftsbewegung Ehrendiplome überreicht.

Schiedspruch im Hafenarbeiterstreik der Rheinhäfen.

Dortmund, 17. Juni. (T. U.) Im Lohn- und Mantelarifstreik der Hafenarbeiter der Rheinhäfen wurde heute ein Schiedspruch gefaßt, der den Mantelarif mit einigen Änderungen wieder in Kraft setzt. Ab 1. Juni tritt eine Lohnerhöhung von fünf Prozent ein. Die Arbeitsaufnahme soll möglichst sofort erfolgen. Erklärungsfrist bis 17. Juni nachmittags drei Uhr.

Gemeindearbeiterstreik in Kassel.

Kassel, 17. Juni. (T. U.) Die städtischen Arbeiter sind gestern wegen Lohnhöhenunterschieden in den Streik getreten. Die Kantonsarbeiten in den lebenswichtigen Betrieben werden vorläufig weitergeführt. Es sind Verhandlungen eingeleitet worden, um die Beilegung des Streiks sobald wie möglich zu erreichen.

Zum Streik in der belgischen Metallindustrie.

Brüssel, 17. Juni. (T. U.) Der Streik in der Metallindustrie von Charleroi ist allgemein geworden. In allen Werken sind Vorbereitungen getroffen, um die Hochöfen zu löschen. Die Arbeitervereinigungen haben die Unternehmer wissen lassen, daß die Arbeiter volle Freiheit hätten, um die Kantonsarbeiten zu verrichten. Es wird berichtet, daß auch in anderen Industrien die Streikbewegung zunimmt.

Eine Ente.

Vom Deutschen Eisenbahnerverband wird uns mitgeteilt, daß die von uns in der Abendausgabe vom Montag verbreitete Meldung der Telegraphen-Union über die Schließung von Werkstätten der Reichsbahn eine Ente ist. Die angeführten Werkstätten sind bereits geschlossen oder befinden sich in der Abwicklung, um am 1. Juli geschlossen zu werden. Es handelt sich dabei um den Abbau der 25 000 Eisenbahner, der im vergangenen Frühjahr so viel Staub aufgewirbelt hat.

Die streikenden Maschinenformer von Kepling u. Thomas, Klerstraße, nehmen heute abend und morgen früh, die Arbeit wie üblich wieder auf.

Die Streikleitung.

Wirtschaft

Dezentralisation und Ausbau der Betriebe.

Der Ab- und Umbau im Stinnes-Konzern hat die Frage akut gemacht, inwieweit in der Beseitigung der innerbetrieblichen Ueberorganisation, im Abbau von Beteiligungen und nicht voll genutzten Fabrikationsanlagen und in der gründlichen technischen Vervollkommnung der bestehenden Kernwerke ein Mittel zur Behebung der herrschenden Industrie- und Kreditkrise liegt. Zu dieser Frage wurden in der Generalversammlung der Hirsch Kupfer- und Messingwerke u. G. Erfahrungen mitgeteilt, die von allgemeinem Interesse sind und festgehalten zu werden verdienen.

Die Hirsch Kupfer hat, wie bekannt, trotz erheblicher Verluste am Metallkonzern und obwohl in der ersten Hälfte des Jahres 1924 von Gewinnen kaum die Rede sein konnte, eine Dividende von 6 Proz. auf das Kapital von 12 Millionen verteilt. Diese Tatsache büdte Herr Hirsch als Ausdruck vollen Erfolges des bei der Hirsch Kupfer durchgeführten Abbaues und gleichzeitig aufs höchste ausgebauten technischen Leistungsfähigkeit der Betriebe. Abgebaut wurde die bisherige vollständig zentrale kaufmännische Leitung. Die Praxis habe gelehrt, daß der überspannte kaufmännische Zentralismus ein Organisationsfehler mit doppelten Unkosten gewesen sein würde, wenn man ihn beibehalten hätte. Von der Zentralstelle würden jetzt lediglich, nach der Konzentration von Betriebsleitung, Einkauf und Verkauf bei den Werken selbst, die Endzahlen gemeldet, wodurch eine ausreichende zentrale Beeinflussung gesichert sei. Ebenso sei auf technischem Gebiet Verfahren worden. Auf Kosten des Gewinns, d. h. über Betriebskosten, sei während des Jahres 1924 ein Betrag in der dreifachen Höhe des ausgemessenen Gewinns, also 2 1/2 Millionen Mark, zu technischen Vervollkommnungen der Betriebe verwandt worden, so daß das größte Auktium der Gesellschaft heute die vollendete Höhe der technischen Ausrüstung sei. Dieser gleichzeitige Abbau von Ueberorganisationen und Ausbau der technischen Leistungsfähigkeit sei das entscheidende Mittel für die Beseitigung des Krebsgeschadens in der Industrie, der in der Ueberorganisation der letzten 10 Jahre bestesche.

Insbesondere sei ein Irrtum des Vorstandes geworden, den in der ersten Hälfte des Jahres 1924 deutlich gewordenen Wiederbedarf des deutschen Inlandsmarktes durch starken Export ausgleichen zu wollen. Zum allergrößten Teil und mit großem Erfolg seien die Betriebe deshalb auf die Befriedigung des Inlandskonsums eingestellt worden, was für die deutsche Wirtschaft um so vorteilhafter sei, als die an die deutsche Industrie gelieferten Halbfabrikate zum größten Teil dann als hochwertiger veredelter Export ins Ausland gingen.

Ueber den heutigen Kupfer- und Messingverbrauch in Deutschland wurden wertvolle Angaben gemacht. Vor dem Kriege habe der deutsche Verbrauch nach dem Kupferinhalt 250 000 bis 300 000 Tonnen betragen. Für das Jahr 1925 sei ein Verbrauch von etwa 300 000 Tonnen zu erwarten, was etwa einem Fünftel bis einem Sechstel der Weltkupferproduktion entspreche. An dem heutigen Messingverbrauch von 150 000 Tonnen mit etwa 100 000 Tonnen Kupferinhalt sei die Gesellschaft mit einem Viertel bis einem Fünftel beteiligt.

Eine erhebliche Rolle habe auch der Abbau von Fachwertbeiträgen in der Form von Beteiligungen gespielt. Solange die Aufnahmefähigkeit des deutschen Kapitalmarktes fortbestehe, könnten auch Werke, wie die der Hirsch Kupfer, die vorhandene Illiquidität ihrer Bilanz nicht durch Ausgabe von Aktien oder Obligationen, sondern nur durch Abstoßung von Beteiligungen weitmachen.

Diese Ausführungen sind natürlich stark auf die besonderen Umstände bei Hirsch Kupfer zugeschnitten und auf die Absicht, für spätere Kapitalerhöhungen den Boden vorzubereiten. Auch der Eindruck ist zu vermeiden, den die Verluste beim Metallkonzern hervorgerufen haben. Aber sie treffen in vieler Hinsicht das allgemeine Problem der gegenwärtigen Industriekrise sehr scharf und zeigen deutlich einige entscheidende Mittel zu ihrer Ueberwindung auf. Allerdings hat der Ueberreifer, die Politik des Unternehmens vor den Aktionären und der Öffentlichkeit in ein günstiges Licht zu setzen, Herrn Hirsch zu einem Geständnis gebracht, das ihm der Steuerfiskus ankreiden wird. Was im Geschäftsbericht so energisch bekämpft wurde, daß nämlich der Steuerfiskus nicht die 16 Millionen Eigenkapital, sondern den mehr als zwelfachen Wert der Besteuerung zugrundegelegt habe, wurde durch die Bemerkung gerechtfertigt, daß die Anlagen mindestens den 2/3-fachen Wert des Eigenkapitals darstellten. Und dieses Geständnis wird in seiner Beweiskraft noch durch die Mitteilung unterstrichen, daß auch der Umsatz gegenüber der Vorkriegszeit, sich verdreifacht habe.

Was über den Abbau der innerbetrieblichen Ueberorganisation gesagt worden ist, die bei Hirsch Kupfer zur Halbierung der kaufmännischen Leitungskosten geführt hat, sollten sich insbesondere viele unserer industriellen Kammurbetriebe merken. Der Verwaltungswasserkopf, der hier seit der Vorkriegszeit entstanden ist, ist so kostspielig, daß nicht nur die heute so zahlreich gewordenen Kleinaktionäre um jede Verzinsung ihrer Kapitalanlagen gebracht worden, sondern die Dividendenlosigkeit auch zunehmend die Neuanlagen von Erparnissen in Industrieaktien ausschließt.

Herren-Anzüge, Paletots

nach Maß in vollendeter Paßform N. 55
L. Sonnenschein, Potsdamer Straße 33
(Ecke Lützowstraße)

Verantwortlich für Politik: Nicola Schill; Wirtschaft: Arthur Caterans; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freiwirtschaft: Dr. John Schifano; Soziales und Sonstiges: Fritz Kersch; Anatomen: Dr. Gluck; Jämlich in Berlin. Verlag: Bornhörs-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 - Tel. Plötzberg 9831
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

A. Behmel - Schwarzbachs Kaufmännische Privatschule
(Inh. F. Egger)
Neukölln, Anmeldung, Ganghoferstr. 1 und Berliner Str. 82 (Privatwohnung)
Beginn neuer 1/2-Jahres- und 1-Jahreslehrgänge - Fernspr.: Neukölln 1063

Eachen Links
Das aktuelle republikanische Wählblatt erscheint jetzt in neuem Gewand und kostet trotz der besseren Ausstattung statt bisher 25, nur noch 20 Pfg. pro Nummer.
Zu beziehen durch
sämtliche Ausgabestellen und Botenfrauen des „Vorwärts“

Gegen Schwaben
gibt es ein tobendes Mittel, das nicht eine mehr übrig läßt. Reichel's „Poudre Martial“, das höchste Rohabalmittel von verheerender Kraft, zerstört die Brutstätte des Schwabens. Man nehme nur Originalpackungen und vermeide Nachahmungen.
Größe II Nr. 140. Gr. III Nr. 260. I Pf. 5.50.
Weinhandlung Otto Reichel, Berlin SO 43, Eisenbahnstr. 4. In Drogerien erhältlich, aber nicht nur mit der berühmten Marke.

Tod und Teufel
Bad Schmiedeberg
Bez. Halle - Bahn Wittenberg-Eilenburg
Eisenmoorbäder glänzend bewährt bei Gicht, Rheumatismus, Ischias, Vollständig renoviert Frauenleiden usw.
Kurzzeit März-Okt. Herrl. Waldgeez, Sommerfr., Touristenort, Kurhaus mit Kongresssälen. Preis 16 & 18. Bahnwag.

Adolf Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Zähne
nur 2 Mark an werkgeld.
Gehilf-Reparaturen in 3 Stunden. Zahnkronen & Kronen von 3 Mark an. Zahnziehen mit Betäubung. Schöne Plombieren von 2 Mark an. Günstige Zahlungsbedingungen. Gütegarantie. Sprechzeit 9-7 Uhr, Sonntag 9-12 Uhr.
M. Müller, 17 Ritterstraße 17, nahe Brunnstraße.

Der gute Kapitän-Kaufabak ist in den meisten Dampfergeschäften erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3861

Metallbetten
Stahlmattens. Kinderbetten dir. an Preis. Kat. 38A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Sonnenbrand Hautsdiäden
verbütet unser
Zeozon-Creme
Glänzt Anerkennung von erst. ärztl. Autorität. Überall erhältlich.
Kopp & Joseph Berlin